

weniger einfacher generationen- gerecht



Positionen
zur Steuer-
reform

Steuern: einfacher & weniger

Mit Steuern finanzieren wir Bildungseinrichtungen, sozialen Ausgleich, unser Gesundheitswesen, Straßen, öffentlichen Verkehr und viele weitere öffentliche Einrichtungen. Das ist gut und wichtig. Trotzdem ist das Steuersystem komplex und wird oft als ungerecht und als reine Belastung empfunden. Das müssen wir ändern.

Wir sehen Steuern als ein wichtiges Gestaltungselement, mit dem der Staat Prioritäten setzt und Ausgleich schafft. Steuermittel verschwinden aber oft auch in der Verwaltung, oder sie werden verwendet, um Löcher in der Pensionsversicherung zu stopfen oder um steigende Zinsen für Schulden zu bezahlen. Diese Ausgaben verschlingen jedes Jahr mehr Geld. Das setzt unsere Zukunft aufs Spiel.



**Echte Reform
statt neuer
Belastungen**

Österreich hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem.

Die Steuereinnahmen in Österreich sind hoch, die Abgabenquote ist eine der höchsten in Europa. Dennoch steigt die öffentliche Verschuldung laufend. Reformen dürfen nicht nur kurzfristige Umverteilungen sein, die auf der einen Seite kleine Entlastungen bringen, zur Refinanzierung aber wieder neue Belastungen einführen. Dabei gewinnt niemand, und die echten Probleme bleiben ungelöst.

Wir haben gemeinsam mit Expert_innen ein Reformkonzept erarbeitet, das alle Bürger_innen entlastet, das Steuersystem vereinfacht, Generationengerechtigkeit herstellt und unsere Zukunft sichert, und das Ländern und Gemeinden mehr Verantwortung und damit mehr Gestaltungsspielraum gibt.

Unser Steuerkonzept steht unter dem Motto:

- weniger
- einfacher
- generationengerecht

Entlastung:

8,4 Mrd €

Wir streichen ineffiziente Steuern, prüfen alle Kosten auf Herz und Nieren, investieren in Bildung, Forschung und Schuldenabbau, und können so ein Entlastungsvolumen in der Höhe von **8,4 Milliarden Euro** schaffen.

Österreich im Vergleich

Der österreichische Staat verdient gut: Die Steuereinnahmen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen – seit 2005 von 122 auf fast 160 Milliarden Euro jährlich. Ebenso deutlich sind allerdings die Ausgaben gestiegen: 2005 waren es 129 Milliarden, 2013 über 164 Milliarden Euro.

→ **Damit steigen jedes Jahr auch die Staatsschulden.**

Österreich hat eine der höchsten Abgabenquoten in Europa. Laut Statistikbehörde Eurostat hat Österreich 2014 das traditionelle Hochsteuerland Schweden überholt. – Schweden hat seinen Staatshaushalt konsolidiert, die Abgabenquote gesenkt und finanziert einen intakten Sozialstaat mit einem ausgeglichenen Budget.

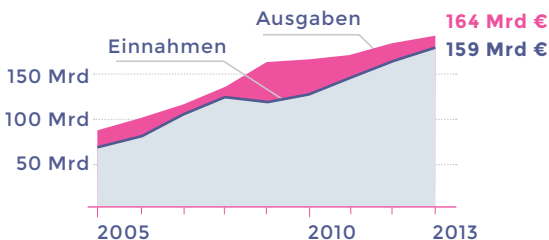
Wir haben uns die österreichischen Staatsausgaben näher angesehen und mit jenen Deutschlands und der Schweiz verglichen. Das Ergebnis: Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gibt Österreich jedes Jahr fast 22 Milliarden Euro mehr aus als Deutschland. Im Vergleich zur Schweiz sind die Ausgaben um über 55 Milliarden Euro höher. Allein für die allgemeine Verwaltung gibt Österreich um 11 Milliarden Euro mehr aus als die Schweiz.

Staatsausgaben Österreich 2013: € 164.328 Mio

**Einnahmen-
rekord!***

Steuereinnahmen Österreich 2013: € 159.555 Mio

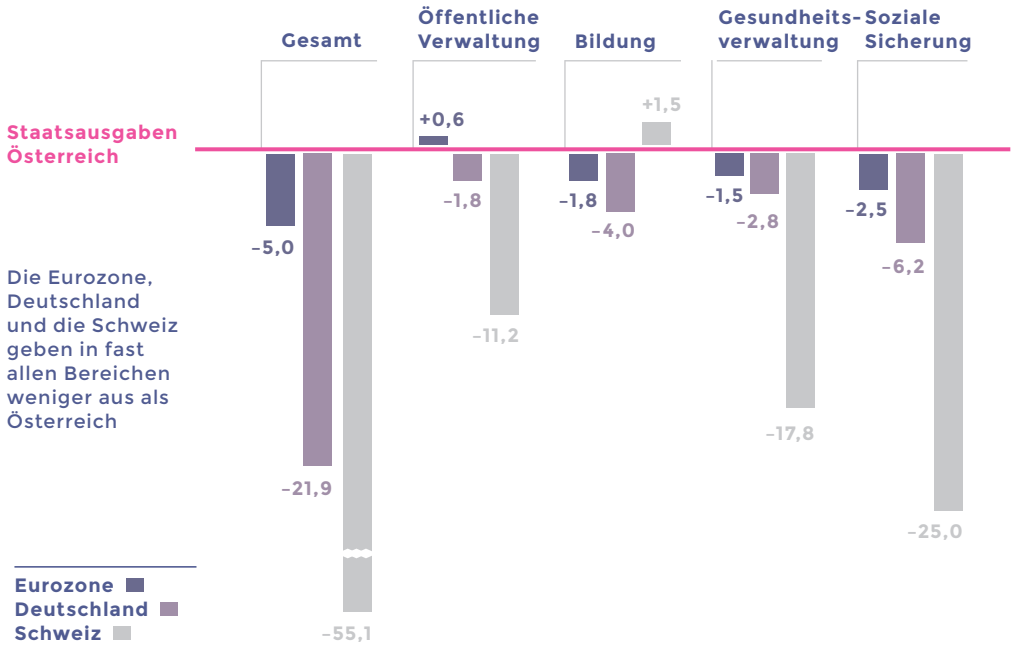
* Einnahmen
steigen laufend
- und reichen
dennoch nicht aus.



Quelle: Statistik Austria

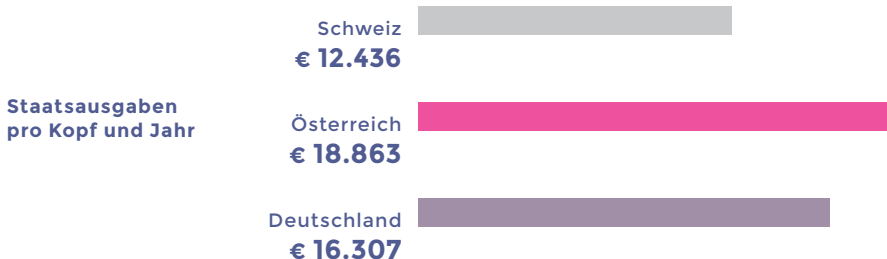
→ **Für uns bedeutet das: Wir brauchen vor allem Ausgabenreformen, um die Bürger_innen in Österreich zu entlasten.**

Österreichs Staatsausgaben im Vergleich in Mrd



→ Umgelegt auf jede_n Einzelne_n bedeutet das:

Österreicher_innen sind pro Kopf mit durchschnittlich 18.863 € jährlich durch Staatsausgaben belastet. In Deutschland sind es 16.307 € pro Kopf und Jahr, in der Schweiz 12.436 €.



Steuerpolitik ist Zukunftspolitik

Die Steuerleistung in Österreich wächst trotz rückläufiger Wirtschaftsdaten, die Einnahmen sprudeln. Ausgaben und Schulden wachsen aber ebenso schnell. Das führt zu Sparmaßnahmen am falschen Ort, die die wirtschaftliche Entwicklung bremsen und dem Wohlstand aller schaden.

Ein Konzept für eine echte Steuerreform darf nicht nur oberflächliche Entlastungen versprechen, die durch Belastungen auf der anderen Seite wieder aufgehoben werden.

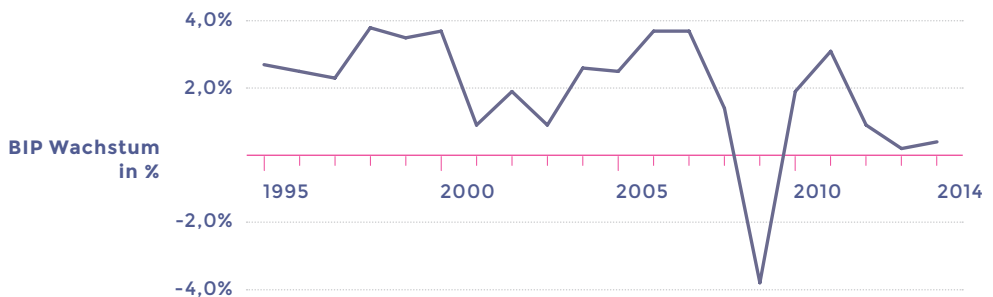
Steuerpolitik ist Zukunftspolitik. Über Steuern treffen wir wichtige Weichenstellungen, die unser Leben gestalten. - Wir haben ein Reformkonzept erarbeitet, das jede Österreicherin und jeden Österreicher entlastet, Spielraum für den Abbau der Staatsschulden schafft, sowie Impulse für mehr Wirtschaftswachstum und 150.000 neue Arbeitsplätze setzen kann.

**Jetzt handeln,
Zukunft sichern.**

→ **Unser Konzept für eine Steuerreform wird über einen Zeitraum von acht Jahren umgesetzt.**

Im Vollausbau, das heißt nach acht Jahren, bringt unser Konzept ein Einsparungspotenzial von 19,1 Milliarden Euro jährlich und soll alle Steuerzahler_innen um 8,4 Milliarden Euro entlasten. Zusätzlich setzt es Wachstumsimpulse, und es gibt uns den Spielraum, in Bildung und Schuldenabbau zu investieren. Jede_r zahlt weniger - und wir gehen mit den Einnahmen verantwortungsvoller um. Dazu nehmen wir auch die Länder und Gemeinden in die Pflicht: Sie sollen in Zukunft selbst Steuersätze festsetzen können, statt nur Bittsteller gegenüber dem Bund zu sein. Das geht ohne Mehrkosten, es schafft mehr Effizienz und bietet den Ländern und Gemeinden mehr Eigenständigkeit.

**Einsparpotenzial
€19,1 Mrd**



Quelle: Statistik Austria

Die Eckpunkte unserer Reform

Weniger**€ 7,7 Mrd**Senkung der
Einkommensteuer**€ 3,8 Mrd**Senkungen von
Lohnsummenabgaben**€ 3,9 Mrd****Einfacher****€ 0,7 Mrd**Streichung von Rechts-
geschäftsgebühren**€ 0,1 Mrd**Streichung von Bagatell-
und Sondersteuern**€ 0,6 Mrd****Entlastung € 8,4 Mrd****Generationengerecht**Investitionen
in Bildung **€ 3,5 Mrd**Keine neuen
Schulden **€ 6,3 Mrd**Wachstum
fördern **€ 3,3 Mrd**Schulden
abbauen **€ 3,3 Mrd**

→ Wir stehen für generationengerechte Steuerpolitik statt kurzfristige Klientelpolitik. Staatsschuldenaufbau ist die gezielte Schwächung zukünftiger Generationen - hier müssen wir gegensteuern. Unser Konzept bringt mehr Wirtschaftswachstum und bis zu 150.000 neue Jobs.

So entlasten wir

Die Steuerlast zu senken – das ist der Grundpfeiler unserer Reform. Gleichzeitig muss es aber auch Ziel sein, Arbeit zu entlasten, die Kalte Progression der Steuertarife abzuschaffen, sowie Gemeinden und Bundesländer stärker in die Verantwortung zu holen. Darauf baut unser Konzept auf, und damit erreichen wir, dass alle Gehälter und Einkommen entlastet werden können.

EINKOMMEN ENTLASTEN

KALTE PROGRESSION

Die Grenzbeträge zwischen den Steuerklassen wurden zuletzt 2009 festgesetzt und seither nicht mehr angepasst. Das bedeutet eine schleichende Steuererhöhung, die jedes Jahr stattfindet – vorbei am Parlament und an den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist unfair und inkonsequent: Höchstbeitragsgrundlagen für die Sozialversicherung etwa werden sehr wohl laufend angepasst – damit werden jedes Jahr für einen größeren Teil des Einkommens Sozialversicherungsbeiträge fällig.



Inflation
auch für
Steuertarife

Steuertarife derzeit

Wir rechnen die Sechstelbegünstigung in den Steuersatz ein, um die Tarife zu vereinfachen und transparenter zu machen.

Einkommen	Steuersatz	tatsächlicher Steuersatz unter Einrechnung der Sechstelbegünstigung
bis 11.000	0 %	0 %
11.000 - 25.000	36,5 %	32,1 %
25.000 - 60.000	42,3 %	37,1 %
über 60.000	50 %	43,7 %

Steuertarife neu



Unsere neuen, inflationsangepassten Grenzbeträge und unsere neuen Steuertarife inklusive der Zuschläge auf die Einkommensteuer für Länder von maximal 5 % und für Gemeinden von maximal 6 %:

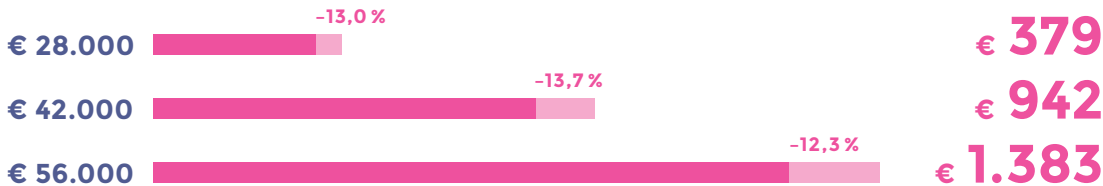
Einkommen	Steuersatz
bis 11.000	0 %
11.000 - 28.000	(max.) 24,0 %
28.000 - 68.000	(max.) 34,0 %
über 68.000	(max.) 43,7 %

Rechenbeispiele für einzelne Einkommensklassen (unter Annahme der höchstmöglichen Steuersätze für Länder und Gemeinden)

Einkommen / Monat	Einkommen / Jahr	Lohnsteuer alt	Lohnsteuer neu	Entlastung in € (mind.)	Entlastung in % (mind.)
1.000	14.000	0	0	0	0
2.000	28.000	2.909	2.530	-379	-13,0 %
3.000	42.000	6.886	5.944	-942	-13,7 %
4.000	56.000	11.234	9.851	-1.383	-12,3 %

Einkommen / Jahr

Entlastung / Jahr



→ **Alle besteuerten Einkommen werden deutlich entlastet. Am deutlichsten werden das die mittleren Einkommen spüren, bei höheren Einkommen sinkt die jährliche Steuerersparnis. Insgesamt entlasten wir alle Steuerzahler_innen durch die Senkung der Einkommensteuer um fast 3,8 Milliarden Euro jährlich.**

ARBEIT ENTLASTEN

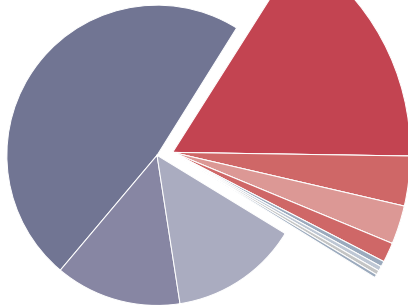
Lohn- und Einkommensteuer sind der sichtbarste Teil der Steuerbelastung. Gerade Arbeit ist aber mit weit höheren Abgaben belastet. Es fallen nicht nur Sozialversicherungsbeiträge an – Gehälter werden über die Lohnnebenkosten auch noch mit Beiträgen zur Wohnbauförderung, zur Kommunalsteuer oder zur Wiener U-Bahn belastet. Auch ein Teil der Beiträge für die Zwangsmitgliedschaft in den Wirtschaftskammern wird anhand der von Arbeitgeber_innen bezahlten Gehälter berechnet – das macht Arbeit unnötig teuer.

Damit fließt weniger als die Hälfte dessen, was der oder die Arbeitgeber_in bezahlt, an den oder die Arbeitnehmer_in.

→ **Unsere Lösung: Wir streichen Abgaben, die Arbeit unnötig teuer machen und so das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhindern.**

So entlasten wir Gehälter und geben Unternehmer_innen neuen Spielraum für Investitionen. Das ist ein wichtiger Impuls für mehr Jobs und für eine positive Wirtschaftsentwicklung, von der alle profitieren.

Netto
€ 1.905,86



Lohnsteuer
€ 542,10

Arbeitnehmer_in SV
€ 542,10

Arbeitgeber_in Sozialversicherung
€ 648,9

Familienlastenausgleichsfonds
€ 135

Kommunalsteuer
€ 105

Mitarbeitervorsorgekasse
€ 53,55

Weitere Lohnnebenkosten:

Wohnbauförderung € 15

Insolvenz-Entgeltsicherung € 13

Zuschlag Familienlastenausgleichsfonds € 12

U-Bahnsteuer € 8,70

**Rechenbeispiel:
Was kostet
ein Bruttogehalt
von 3.000 €
wirklich?**

Bruttogehalt
€ 3.000



Lohnnebenkosten
€ 992,15



Gesamtbelastung
€ 3.992,15



Senkung der Lohnnebenkosten:

€ **3.918 Mio**

Kommunalsteuer:

€ **2.692 Mio**

- Steuerhoheit für Gemeinden ersetzt die Kommunalsteuer. Die bisher in den Lohnnebenkosten enthaltenen Abgaben werden künftig direkt über Steuern finanziert. Das entlastet Gehälter und vereinfacht auch den komplizierten Finanzausgleich. Gemeinden sind in unserem Konzept selbst für einen Teil der Einkommensteuer verantwortlich.

Wohnbauförderung:

€ **915 Mio**

- Die Wohnbauförderung macht Arbeit grundlos teuer. Wir streichen sie aus den Lohnnebenkosten; sie bleibt erhalten, wird aber in Zukunft über Steuern finanziert.

Kammerbeiträge:

€ **311 Mio**

- Die Kammerumlage 2 ist fällig, sobald Unternehmen Mitarbeiter_innen beschäftigen. Sie ist umso höher, je mehr die Mitarbeiter_innen verdienen - ohne jede Gegenleistung. Diese Abgabe wurde in den 70er Jahren als Provisorium eingeführt, existiert aber heute noch. Wir streichen sie ersatzlos.

So sparen wir

Österreich gibt wesentlich mehr aus als vergleichbare Staaten. Damit finanzieren wir unseren Lebensstandard, die soziale Sicherheit und die Gesundheitsversorgung. Darauf wollen wir auch nicht verzichten. Allerdings lässt sich dabei vieles effizienter gestalten.

Eine modernere Verwaltung, die auf mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden setzt, Verantwortungsbereiche mit klaren Zuständigkeiten und einem zeitgemäßen Dienst- und Besoldungsrecht zusammenführt, ist ein wichtiger Ansatzpunkt.

Ähnliches gilt im Gesundheitswesen: Ohne Leistungen zu kürzen, können wir mit Maßnahmen für mehr Effizienz 4,5 Milliarden einsparen.

Den größten Brocken in unserem Einsparungskonzept machen Pensionen aus: Österreich hat die jüngsten Pensionist_innen Europas. Dank steigender Lebenserwartung bedeutet ein Pensionsantritt im Alter von 60 Jahren bald 30 Jahre Pensionsbezug. Die Einnahmen aus Versicherungsbeiträgen reichen schon lange nicht mehr aus, um die Pensionen zu bezahlen.

Der Fehlbetrag muss aus den Steuereinnahmen abgedeckt werden. Hier müssen wir für Kostenwahrheit sorgen, um die Kosten des Pensionssystems effizient steuern zu können. Zusätzlich müssen wir die Höhe der Pensionen mit dem Pensionsantrittsalter und der erwarteten Lebenspensionssumme verknüpfen.

→ Wir haben in genauen Analysen mit unabhängigen Expert_innen mögliche Einsparpotenziale identifiziert und deren Entlastungsvolumen beziffert. In Summe sind das 19,1 Milliarden Euro.

Einsparpotenziale

Die vorgeschlagenen Ausgabensenkungen stützen sich auf die Vorschläge von anerkannten unabhängigen Expert_innen. Unsere Quellen sind unter anderem der Rechnungshof, der Fiskalrat, der Internationale Währungsfonds, die OECD, das Institut für höhere Studien oder das Wirtschaftsforschungsinstitut.

Bei unserer Analyse haben wir uns an folgenden Kriterien orientiert:

- Ausgaben müssen einen klaren Nutzen schaffen.
- Ausgaben müssen klaren Zielen zuordenbar sein, ihr Nutzen muss evaluierbar sein.
- Es gilt, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Verwaltung Für die **öffentliche Verwaltung** bedeutet das unter anderem:

- Wir müssen Abläufe vereinfachen. Derzeit sind Kompetenzen oft in komplizierten Geflechten zwischen verschiedenen Behörden aufgeteilt.
- Wir müssen mit Paralleleinrichtungen aufräumen. Das shared service-Konzept muss auch in den Bereich der öffentlichen Leistungen einziehen.
- Elektronische Amtswege brauchen wir eine klare E-Governance, mit der wir die Vorteile des digitalen Amtes auch wirklich nutzen können.

Wirtschaft Im Rahmen der **Ausgaben für Wirtschaft** haben wir viele Aufgaben identifiziert, die drastisch vereinfacht werden können. Das spart dem Staat sowie den Unternehmen Zeit und Aufwände.

- Die Gewerbeordnung muss einfacher werden, die Gewerbeanmeldung muss durchgängig elektronisch möglich sein.
- Die Publikationspflicht für Unternehmen muss einfacher werden - eine zusammenfassende Publikation muss ausreichend sein.
- Damit können wir auch Prüfintervalle für Unternehmen reduzieren und die Menge der vorgeschriebenen Prüfungen reduzieren.
- Bewilligungsverfahren bei der Konzessionsvergabe, der Anlagengenehmigung oder im Baurecht müssen einfacher und effizienter gestaltet werden.

Bei Förderungen und Sozialausgaben ist unser größtes Anliegen die Treffsicherheit. Wir brauchen klare Kriterien, was mit den Ausgaben erreicht werden soll und wie wir den Erfolg messen können.

Die Ausgaben für **Förderungen** liegen in Österreich weit über dem Niveau der EU.

- Dabei gibt es keinen umfassenden Überblick über aktuelle Förderungen und deren Zielsetzungen.
- Förderungen beruhen auf Klientelpolitik und sind aus ökonomischer Sicht teilweise fraglich, da sie Fehlanreize setzen können.

Treffsichere Förderungen

Ausgaben für Gesundheit müssen bei den Patient_innen ankommen. Als konkrete Optimierungsmöglichkeiten sehen wir:

- Zusammenarbeit von Spitälern bei nicht-medizinischen Leistungen
- verstärkte ambulante statt stationärer Behandlungen
- Optimierung der Betriebsgrößen, überregional konzipierte Versorgungsmodelle
- verbesserte Zusammenarbeit in der Nachbetreuung von Patient_innen
- klare Einnahmen-Ausgaben-Kompetenzen bei allen Akteuren (Bund, Länder und Gemeinden)

Schlanke Gesundheitsverwaltung

Pensionen als einer der größten Ausgabenposten im Sozialbereich brauchen eine ganzheitliche Reform. Hier sind vor allem Kostenwahrheit, Transparenz und effiziente Steuerungsmöglichkeiten notwendig. Unsere Maßnahmen:

- Wir müssen die verschiedenen Pensionssysteme harmonisieren und Sozialversicherungsträger zusammenlegen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.
- Sonderpensionsregelungen und Frühpensionsmodelle müssen reduziert werden.
- Die steigende Lebenserwartung muss in die Berechnung der Pensionshöhe einbezogen werden.
- Das faktische - derzeit zu niedrige - Pensionsantrittsalter muss sich an das gesetzliche Pensionsantrittsalter annähern.

Faire Pensionen

Einsparungen im Überblick

Pensionen: € **6.800 Mio**

- Das Pensionssystem muss enkelfit und generationengerecht gestaltet werden: Maßnahmen wie die Berücksichtigung der Lebenserwartung, das Auslaufen der Frühpensions- und Sonderpensionsmodelle und eine Angleichung des Frauenpensionsalters sind in Europa üblich – und bringen uns fast sieben Milliarden Ersparnis.

Förderungen: € **4.000 Mio**

- Österreich nimmt von allen Bürger_innen – und gibt es manchen über Förderungen zurück. Eine Angleichung des Förderniveaus auf EU-Durchschnitt spart vier Milliarden.

Föderalismus und Verwaltung: € **3.300 Mio**

- Bessere Kooperation, harmonisierte Dienst-, Besoldungs- und Pensionsordnungen sowie eine Entwirrung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden bringen über drei Milliarden Einsparpotenzial.

Gesundheitsverwaltung: € **4.500 Mio**

- Eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Sozialversicherungsträgern, bessere Präventionsmaßnahmen, mehr ambulante Behandlungen und effizientere Spitäler können über vier Milliarden einsparen, ohne die Versorgungsstandards zu senken.

Wirtschaft und Entbürokratisierung: € **500 Mio**

- Bürokratie und Auflagen bremsen die Wirtschaft – und ihre Verwaltung kostet Geld. Entbürokratisierung beschleunigt und spart Kosten.

Summe: € 19,1 Mrd

So vereinfachen wir

Ungezählte Steuerarten

Es lässt sich gar nicht so genau sagen, wie viele Steuern es in Österreich wirklich gibt. Wer wofür wie viele Steuern zahlt, das hängt von vielen Faktoren ab.

Viele der sogenannten **Bagatellsteuern** nicht effizient: Sie erfordern bürokratischen Aufwand und kosten oft mehr, als sie bringen. Diese wollen wir ersatzlos streichen.

Ähnliches gilt für „**Umweltsteuern**“, die der Umwelt nichts bringen. Hier sind wir für die Streichung der bestehenden ineffektiven Steuern und für die Einführung neuer, effizienter Abgaben, die echte Lenkungseffekte erzeugen. Dazu gehört etwa eine wirkungsorientierte CO₂-Steuer als wichtiger Schritt zur wirksamen Ökologisierung des Steuersystems.

Und einige Gebühren und Abgaben schließlich sind gar nicht nachvollziehbar. Sie stehen in keiner Verbindung mit Leistungen des Staates und sind nur eine einfache Geldquelle auf Kosten der Bürger_innen. Beispiele dafür sind **Rechtsgeschäftsgebühren** oder etwa Vergnügungssteuer und Werbeabgabe.

Wir fordern: Ersatzlos streichen!



**Ineffiziente
Steuern
streichen!**

Steuern, die jede_r zahlt und kaum jemand kennt

Bagatellsteuern:

€ 119 Mio

- Belastungen wie die Zuckerabgabe, die Schaumweinsteuer oder Steuern für das Halten von Tieren belasten die Bürger_innen und bringen dem Staat wenig.

Sondersteuern:

€ 452 Mio

- Kosten wie die Werbeabgabe, Vergnügungssteuer oder Fremdenverkehrsabgaben sind zusätzliche Belastungen für Einnahmen, die ohnehin besteuert werden.

Umweltsteuern:

€ 594 Mio

- NoVA, Flugabgabe und Kfz-Steuern sind als Umweltsteuern ineffizient und sinnlos. Wir streichen sie und ersetzen sie durch verbrauchsbezogene Abgaben, vor allem durch eine wirkungsorientierte CO₂-Steuer.

Rechtsgeschäftsgebühren:

€ 129 Mio

- Steuern auf Rechtsgeschäfte wie Miet- oder Eheverträge und außergerichtliche Einigungen schaffen allen Beteiligten mehr Aufwand und bringen wenig. Wir streichen sie.

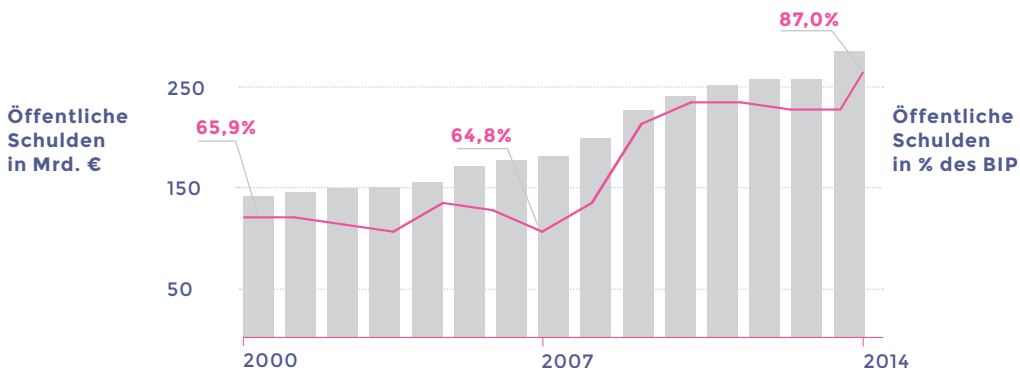
Generationengerechtigkeit

Soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und öffentliche Infrastruktur sind wesentliche steuerfinanzierte Vorzüge, die Österreich lebenswert machen.

Diesen Lebensstandard müssen wir erhalten. Mit neuen Schulden, steigenden Budgetdefiziten und einer Steuerpolitik, die nur Löcher stopft, statt unsere Zukunft und vor allem die unserer Kinder zu sichern, wird das nicht funktionieren.

- **Wir müssen eine Schuldenbremse im Verfassungsrang einführen, damit wachsende Schulden nicht an künftige Generationen weitergegeben werden.**
- **Wir müssen unsere Schulden abbauen und die Zinslast senken.**
- **Wir müssen auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt achten.**
- **Wir müssen Spielraum für zukunftssträchtige Investitionen in Bildung und Forschung schaffen.**

Schuldenabbau ist das Gebot der Stunde. Schon heute fressen allein die Zinsen für die öffentlichen Schulden 8 Milliarden Euro jährlich – und das bei historisch niedrigen Zinssätzen. Deshalb müssen wir jetzt handeln.



So sichern wir die Zukunft

Schulden abbauen:

€ **3,3 Mrd**

- Unser Reformkonzept senkt Ausgaben, reduziert Belastungen und schafft auch Spielraum, um erstmals Staatsschulden abzubauen.

Ausgeglichenes Budget:

€ **6,3 Mrd**

- Der Staat darf nicht länger mehr ausgeben als er einnimmt. Wenn wir keine neuen Schulden machen wollen, müssen wir 6,3 Milliarden Euro weniger ausgeben.

Investitionen in Bildung und Forschung: € **3,5 Mrd**

- Wir wollen nicht nur sparen. Im Gegenteil: Unser Konzept sieht Investitionen im Ausmaß von 3,5 Milliarden Euro in Bildung und Forschung vor, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Der verantwortungsvolle Umgang mit Steuereinnahmen ist einer der Kernwerte unseres Konzepts. Das erreichen wir mit strikten Ausgabengrenzen für Bund, Länder und Gemeinden. Deshalb nehmen wir auch Länder und Gemeinden in die Pflicht und übertragen ihnen direkte Steuerverantwortung.

Steuerhoheit für Länder und Gemeinden

In Österreich hebt der Bund die Steuern ein – und gibt sie teilweise an Länder und Gemeinden weiter. Diese Transfers verursachen zusätzliche Verwaltungskosten und bringen Länder und Gemeinden in eine passive Empfängerrolle. Sie bekommen Geld, ohne für dessen Einhebung verantwortlich zu sein. Das führt zu überhöhten Forderungen an den Bund.

Wir fordern Steuerhoheit für Länder und Gemeinden. Damit bekommen auch sie ihre Steueranteile direkt von den Bürgerinnen und Bürgern und tragen die volle Verantwortung für deren Einhebung und Verwendung.

→ **Dazu setzen wir bei der Lohn- und Einkommensteuer an.**

Im ersten Schritt reduzieren wir die bundesweiten Steuersätze deutlich. Länder und Gemeinden gewinnen dabei Spielraum: Sie entscheiden – bis zu einer Obergrenze – selbst, welchen Steuersatz sie zusätzlich einheben. Diese Einnahmen ersetzen Teile des komplizierten und intransparenten Finanzausgleichs und entlasten durch den Wegfall der Kommunalsteuer den Faktor Arbeit.

Für Steuerzahler_innen macht das keinen Unterschied, die Lohnsteuer bleibt niedriger als bisher. Die Gemeinden bekommen mehr Unabhängigkeit von den Landeshauptleuten und mehr Eigenständigkeit in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegenüber den Bürger_innen.

Bürgermeister_innen, Landeshauptleute und Landtage werden in eine stärkere Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Steuerzahler_innen geholt.

Niedrigere Steuern, sorgsamerer Umgang mit den Einnahmen

Gute Erfahrungen mit der Steuerhoheit für Länder und Gemeinden gibt es etwa bereits in der Schweiz. Dort sind Kantone und Gemeinden schon länger direkt an der Einhebung der Einkommensteuer beteiligt. Die Steuersätze sind dabei sehr unterschiedlich. Vor allem strukturschwache Regionen haben diese Möglichkeit genutzt und mit niedrigeren Steuern Unternehmen und Investor_innen angezogen.

→ Was zahlen die Steuerpflichtigen? Wer bekommt die Steuereinnahmen?

	Einkommen	Steuersatz	Bund	Länder	Gemeinden
Steueraufteilung Bund / Länder / Gemeinden	- 11.000	0 %	0%	0 %	0 %
	11.000 - 28.000	24 %	13%	max. 5 %	max. 6 %
	28.000 - 68.000	34 %	23%	max. 5 %	max. 6 %
	über 68.000	43,7 %	32,7%	max. 5 %	max. 6 %

Maximaler
Steuersatz

Entlastungspotenzial liegt bei
Ländern und Gemeinden. Sie
können niedrigere Steuersätze
einheben.

Unser Konzept sieht eine Umverteilung der Einnahmen in Richtung der Gemeinden vor. Sie bekommen mehr, um den Wegfall der Einnahmen aus der Kommunalsteuer zu kompensieren, und um direkt und effizient mit dem Geld vor Ort arbeiten zu können.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist die Vereinfachung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden: Dieser beschäftigt zur Zeit über 300 Beamt_innen in der Finanzverwaltung.

neue Einnahmenverteilung Bund / Länder / Gemeinden

in Mio Euro	Aufkommen Est / LSt	Bund	Länder	Gemeinden Est / LSt	Gemeinden KommunalSt
Einnahmen aktuell	29.176	19.670	6.039	3.466	2.692
Einnahmen neu	25.383	14.953	4.741	5.689	0
Differenz	-3.793	-4.716	-1.299	2.223	-2.692

So geht die Rechnung auf

Steuern dienen dazu, unser Land zu gestalten. Nicht dazu, die durch veraltete Politik entstandenen Budgetlöcher zu stopfen. Unser Reformansatz sorgt dafür, dass

- **alle weniger zahlen**
- **wir das Steuersystem vereinfachen**
- **wir Steuern als wichtiges Instrument für eine zukunftssträchtige Politik einsetzen**
- **Bundesländer & Gemeinden Gestaltungschancen durch Steuerhoheit bekommen.**

Zum ersten Mal liegt jetzt ein Reformvorschlag auf dem Tisch, mit dem wir Bürger_innen entlasten, in die Zukunft investieren, Schulden abbauen und einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen.

Wir setzen bei den Ausgaben an. Das ist die einzig ehrliche Vorgangsweise, die keine neuen Belastungen einführt und mit der wir sofort beginnen können! Internationale Vergleiche beweisen, dass es vor allem erfolgversprechend ist, Kosten bei der Verwaltung sowie bei Förderungen und Pensionen zu senken.

- **8,4 Milliarden Entlastung bedeuten rund 980 € pro Kopf jährlich. Am deutlichsten werden die Bezieher_innen mittlerer Einkommen entlastet.**

Unser Reformvorschlag folgt drei wesentlichen Leitlinien:

Weniger

- Wir wollen weniger ausgeben und dafür auch die Bürger_innen weniger zur Kasse bitten. Unsere Steuerreform entlastet alle und setzt vor allem bei Ausgabenkürzungen an.

Einfacher

- Österreichs Steuersystem ist kompliziert – so kompliziert, dass es keine detaillierte Gesamtsteuerstatistik gibt. Wir ändern das, indem wir ineffiziente Steuern streichen und die Geldverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinfachen und transparenter machen.

Generationengerecht

- Wir senken Ausgaben, um unseren Lebensstandard auch in Zukunft halten zu können. Dazu müssen wir auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt achten, in Bildung und Forschung investieren und endlich auch mit dem Abbau der öffentlichen Schulden beginnen. Damit können wir Wachstumsimpulse für Österreich schaffen.

Sparen und Wachstum fördern

Wir haben gemeinsam mit Expert_innen Einsparungen im Ausmaß von 19,1 Milliarden Euro berechnet. Damit sichern wir auch kommenden Generationen eine unbeschwerte Zukunft.

Pensionen (Pensionsalter, Früh- und Sonderpensionen, Frauenpensionsalter)	6,8 Mrd €
Förderungen (Angleichung der öffentlichen Förderungen auf EU-Niveau)	4,0 Mrd €
Föderalismus und Verwaltung (klare Aufgabenverteilung, bessere Kooperation)	3,3 Mrd €
Gesundheitsverwaltung (mehr Effizienz und Kooperation)	4,5 Mrd €
Bürokratieabbau	0,5 Mrd €
Zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1% des BIP	3,3 Mrd €

Summe

22,4 Mrd €

Wir senken Ausgaben und kurbeln die Wirtschaft an. Das verschafft uns Spielraum im Ausmaß von 22,4 Milliarden Euro. Diesen Betrag investieren wir in Schuldenabbau, ein ausgeglichenes Budget und zukunftsichernde Maßnahmen. Zusätzlich senken wir die Steuerlast für alle um 8,4 Milliarden Euro.

Zukunft sichern

Unsere Steuerreform erzeugt Wachstumsimpulse, hilft der Umwelt und investiert in Bildung – reduziert dabei aber auch unsere Staatsschulden.

Streichung ineffizienter Umweltsteuern	0,6 Mrd €
Einführung neuer, verbrauchsbezogener Umweltsteuern	-0,6 Mrd €
Wohnbauförderung – steuerfinanziert statt Lohnsummenabgaben	-0,9 Mrd €
Investitionen in Bildung	-3,5 Mrd €
Abdeckung des Budgetdefizits	-6,3 Mrd €
Abbau von Staatsschulden	-3,3 Mrd €

Steuern streichen,
Einkommen und
Arbeit entlasten!

Entlastung **-8,4 Mrd €**

Senkung der Einkommensteuer, Streichung der Kalten Progression, Steuerverantwortung für Länder und Gemeinden	-3,8 Mrd €
Streichung von Lohnsummenabgaben, Entlastung des Faktors Arbeit	-3,9 Mrd €
Streichung von Rechtsgeschäftsgebühren, Bagatell- und Sondersteuern	-0,7 Mrd €

Summe

22,4 Mrd €

Gesunde Finanzen in acht Jahren

Reformen funktionieren nicht auf Knopfdruck. Unserem Vorschlag liegt ein Zeitplan über acht Jahre zugrunde. Dieser orientiert sich an Studien zu vergleichbaren Konsolidierungsprojekten.

Schweden etwa hat nach bereits einem Jahr über zwanzig Prozent der Ausgaben senkungen umgesetzt, nach fünf Jahren waren es fast drei Viertel. In ähnlichem Tempo haben Kanada und Belgien ihre Staatsfinanzen saniert. Nach diesen Beispielen richten wir unsere Pläne aus. Die schnellsten Effekte zeigen Ausgaben senkungen bei Förderungen, Pensionsreformen wirken sich mittelfristig aus, Föderalismus- und Verwaltungsreformen sind langfristige Aufgaben.

Auch nach der Umsetzung unserer Reformvorschläge werden wir in Österreich noch mehr Geld ausgeben als unsere Nachbar_innen in Deutschland und der Schweiz.

Erhalten wir, was wir an Österreich schätzen. Zu leistbaren Kosten, ohne die Zukunft aufs Spiel zu setzen.

Österreichs gesamte Staatsausgaben im Vergleich vor und nach der Reform in Mrd

